

Feuerwehrreglement der Stützpunktfeuerwehr B Unnergoms

Angeschlossene Gemeinden



Fiesch



Fieschertal



Lax



Bellwald



Ernen



Binn



Martisberg

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bestimmungen	3
Art. 1 Zweck	3
Art. 2 Gleichstellungsgrundsatz	3
Art. 3 Aufgaben des Wehrdienstes	3
Organisation, Aufgaben und Kompetenzen.....	3
Art. 4 Gemeinderat	3
Art. 5 Interkommunale Feuerkommission.....	3
Art. 6 Feuerkommissionspräsident	4
Art. 7 Feuerwehrkommandant	4
Art. 8 Organisations- und Dienstreglement	4
Feuerwehrdienst und Finanzierung.....	4
Art. 9 Dienstpflcht.....	4
Art. 10 Befreiung von der Dienstleistung.....	4
Art. 11 Ersatzabgabe.....	5
Art. 12 Befreiung von der Ersatzabgabe.....	5
Sold, Erwerbsausfall, Verpflegung.....	5
Art. 13 Sold und Erwerbsausfall.....	5
Art. 14 Verpflegung und Unterkunft	5
Versicherungen	5
Art. 15 Krankheit und Unfall.....	5
Schluss- und Strafbestimmungen	6
Art. 16 Zuwiderhandlungen.....	6
Art. 17 Rechtsmittelbelehrung	6
Art. 18 Inkrafttreten	6

Die Urversammlung der Gemeinde Binn

eingesehen

- Gemeindegesetz
- Gesetz zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente

beschliesst:

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

Das vorliegende Reglement soll einen einwandfreien Betrieb der Feuerwehr zum Schutz von Personen, Tieren, Umwelt und Sachwerten gewährleisten. Es regelt Rechte und Pflichten des Einzelnen sowie die Organisation der Feuerwehr und der Behörden.

Art. 2 Gleichstellungsgrundsatz

Die in diesem Reglement verwendeten Personen-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für Mann und Frau.

Art. 3 Aufgaben des Wehrdienstes

1. Unter Beachtung der Reihenfolge: Personen, Tiere, Umwelt und Sachwerte lautet der ständige Auftrag an die Feuerwehr:
 - a) sichern;
 - b) retten;
 - c) halten;
 - d) schützen;
 - e) bewältigen.
2. Die Feuerwehr kann auch beigezogen werden:
 - a) zum Wachdienst bei Sturm und Gewitter;
 - b) zum Parkdienst anlässlich von öffentlichen Veranstaltungen;
 - c) zu besonderen Ereignissen wie Transportunfällen, Verwendung von gefährlichen Stoffen, Lawinengefahr, Überschwemmungen, Erdbeben, Erdbeben und Verkehrsunfällen.
3. Auf Begehren anderer Gemeinden ist die gegenseitige Hilfeleistung obligatorisch.

Organisation, Aufgaben und Kompetenzen

Art. 4 Gemeinderat

1. Der Feuerwehrdienst steht unter der Aufsicht des Gemeinderates der angeschlossenen Gemeinden.
2. Die Aufgaben des Gemeinderates sind:
 - a) Ernennung Kommandant und Stellvertretung, vorgängig wird das kantonale Amt für Feuerwesen angehört;
 - b) Ernennung des Feuerkommissionspräsidenten;
 - c) Ernennung Sicherheitsbeauftragter;
 - d) Festsetzung Sold und Erwerbsausfallentschädigung;
 - e) Genehmigung Budget und Jahresrechnung;
 - f) Behandlung Gesuche um Herabsetzung der Ersatzabgabe;
 - g) Festsetzung Mannschaftsbestand;
 - h) Bewilligung Betriebs- und Dienstreglement;
 - i) Erlass von Straf- und Bussenverfügungen in Feuerwehrangelegenheiten.

Art. 5 Interkommunale Feuerkommission

1. Die Feuerkommission setzt sich zusammen aus:
 - a) Ressortverantwortliche der angeschlossenen Gemeinden;
 - b) Feuerwehrkommandant;
 - c) Feuerwehrkommandant Stellvertreter;
 - d) Sicherheitsbeauftragte der angeschlossenen Gemeinden.
2. Den Vorsitz hat jeweils ein ressortverantwortliches Ratsmitglied für die Dauer von 4 Jahren. Die Kommission konstituiert sich selber, mit Ausnahme des Feuerkommissionspräsidenten.
3. Die Aufgaben der Feuerkommission sind:
 - a) Gewährleistung Einsatzbereitschaft Feuerwehrkorps;
 - b) Ernennung Unteroffiziere auf Vorschlag des Kommandanten;
 - c) macht dem Gemeinderat Vorschläge zur Beförderung von Offizieren;

- d) macht dem Gemeinderat Vorschläge zur Änderung des Organisations- und Dienstreglements;
- e) erstellt ein Budget;
- f) Erstellung und Überprüfung Jahresrechnung;
- g) macht Vorschläge bezüglich des Ankaufs von Ausrüstung und Material.

Art. 6 Feuerkommissionspräsident

- 1. Der Präsident der Feuerkommission erhält vom Kommandanten die Informationen bezüglich Schäden, Übungen und Inspektionen.
- 2. Informiert den Gemeinderat über die Tätigkeiten des Feuerwehrkorps, des Sicherheitsbeauftragten sowie des Kaminfegers.

Art. 7 Feuerwehrkommandant

- 1. Organisiert und gewährleistet die Einsatzbereitschaft des Feuerwehrkorps.
- 2. Erstellt einen Jahresbericht zuhanden der Ressortverantwortlichen.
- 3. Die weiteren Aufgaben werden im Organisations- und Dienstreglement festgehalten.

Art. 8 Organisations- und Dienstreglement

Die Feuerkommission arbeitet ein Organisations- und Dienstreglement aus, das vom Gemeinderat genehmigt werden muss. Darin werden der Sollbestand, die Organisation, die Ausrüstung, der Einsatz und das Disziplinarwesen innerhalb des Feuerwehrkorps geregelt.

Feuerwehrdienst und Finanzierung

Art. 9 Dienstpflicht

- 1. Die in der Gemeinde wohnhaften Männer und Frauen zwischen dem erfüllten 20. und 50. Altersjahr sind feuerwehrdienstpflichtig.
- 2. Personen zwischen dem erfüllten 18. und 20. Altersjahr sowie solche, die vom obligatorischen Feuerwehrdienst befreit sind, können freiwillig Feuerwehrdienst leisten.
- 3. Niemand hat Anspruch, in den Feuerwehrdienst eingeteilt zu werden.
- 4. Kader und Fachleute können mit deren Zustimmung über die Altersgrenze hinaus in ihrer Funktion belassen werden (längstens jedoch bis zum 60. Altersjahr).

Art. 10 Befreiung von der Dienstleistung

- 1. Es können beim System der Pflichtfeuerwehr nicht zur persönlichen Dienstleistung verpflichtet werden:
 - a) werdende Mütter und alleinstehende Personen, die mindestens ein im eigenen Haushalt lebendes Kind bis zum erfüllten 18. Altersjahr allein oder vorwiegend betreuen, sind von der obligatorischen Feuerwehrdienstpflicht befreit;
 - b) die Kranken und Gebrechlichen, deren dauernde Untauglichkeit ärztlich festgestellt ist;
 - c) der eine Partner eines Paares, wenn der andere Feuerwehrdienst leistet und sofern sie im gemeinsamen Haushalt leben.
- 2. Von der Dienstleistung befreit sind nachfolgende Personen, welche amtliche Funktionen ausüben, die mit der aktiven Feuerwehrdienstleistung nicht vereinbar sind:
 - a) die Mitglieder des Staatsrates, die Gerichtsmagistraten, die Mitglieder des Gemeinderates, die Gemeinde- und Kantonspolizei;
 - b) die Geistlichen und Ordensleute;
 - c) die Beamten und Angestellten, die von dieser Dienstpflicht durch Bundesgesetz enthoben sind;
 - d) das Verwaltungs-, Pflege- und Aufsichtspersonal von Spitälern, Hospizen, Krankenhäusern, Gefängnissen und anderen ähnlichen Anstalten;
 - e) die praktizierenden Angehörigen des Arzt- und Apothekerberufes;

Art. 11

Ersatzabgabe

1. Zur teilweisen Deckung der Feuerwehrausgaben sind Feuerwehrpflichtige, die keinen Dienst leisten, zur Bezahlung einer jährlichen Ersatzabgabe verpflichtet.
2. Die Ersatzabgabe beträgt 2.5% der kommunalen Einkommens- und Vermögenssteuer und beträgt maximal Fr. 100.-- pro Jahr.
3. Bei Paaren, die im gleichen Haushalt leben, wird die Ersatzabgabe wie folgt erhoben:
 - a) leisten beide Partner persönlich keinen Feuerwehrdienst, schulden sie zusammen nur eine Ersatzabgabe;
 - b) haben die Partner getrennten Wohnsitz, wird nur die halbe Ersatzabgabe erhoben;
 - c) ist ein Partner aus Altersgründen nicht mehr oder noch nicht dienstpflchtig, entrichtet der andere die halbe Ersatzabgabe;
 - d) ist der eine Partner aus anderen Gründen von der Ersatzabgabe befreit, entfällt diese auch für den anderen Partner.

Art. 12

Befreiung von der Ersatzabgabe

1. Von der Ersatzabgabe befreit sind alleinstehende werdende Mütter und alleinstehende Personen, die mindestens ein im eigenen Haushalt lebendes Kind bis zum erfüllten 18. Altersjahr allein oder vorwiegend betreuen.
2. Weitere Befreiungsgründe sind:
 - a) alleinstehende Personen, die für den Unterhalt eines Kindes gemäss Art. 277 ZGB aus eigenen Mitteln aufkommen müssen;
 - b) Personen, die von der Eidgenössischen Invalidenversicherung als mindestens zur Hälfte dauernd invalid erklärt worden sind;
 - c) Personen die infolge gesundheitlicher Schädigung durch den Feuerwehrdienst aus der Feuerwehr entlassen wurden;
 - d) Personen, mit 20 und mehr Dienstjahren bei der Feuerwehr;
 - e) Personen, die von der Dienstleistung befreit sind.

Sold, Erwerbsausfall, Verpflegung

Art. 13

Sold und Erwerbsausfall

1. Jeder, der an Übungen, Kursen, Rapporten und Einsätzen teilnimmt, hat Anspruch auf Sold.
2. Die Ansätze sind im Organisations- und Dienstreglement definiert.

Art. 14

Verpflegung und Unterkunft

1. Dienstleistende, welche nicht daheim Verpflegung und Unterkunft beziehen können, haben während der Dienstdauer Anrecht auf Verpflegung und Unterkunft oder auf eine entsprechende Entschädigung.
2. Die angeordnete Nutzung von Privatmaterial wird entschädigt.
3. Der Gemeinderat legt den Betrag und die Berechnungsweise im Organisations- und Dienstreglement fest.

Versicherungen

Art. 15

Krankheit und Unfall

1. Die Gemeinde versichert die Feuerwehrleute und die zivilen Hilfskräfte gegen Krankheit und Unfall infolge des Feuerwehrdienstes.
2. Bei jedem Unfall oder bei jeder Krankheit, die während dem Feuerwehrdienst auftreten, hat der Feuerwehrkommandant sofort die zuständige kantonale Behörde (KAF) zu benachrichtigen. Auch Unfälle welche durch die Haftpflichtversicherung gedeckt werden, sind zu melden.

Schluss- und Strafbestimmungen

Art. 16 **Zu widerhandlungen**

1. Wer den Vorschriften des vorliegenden Reglements zu widerhandelt oder nachweislich falsche Informationen angibt, wird mit einer Busse bis zu Fr. 5'000.— bestraft.
2. Die strafrechtlichen Vorschriften der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung sowie die Wiedergutmachung des entstandenen Schadens bleiben vorbehalten.

Art. 17 **Rechtsmittelbelehrung**

1. Gegen Verweise und Bussenverfügungen des Gemeinderates kann innert 30 Tagen nach Zustellung schriftlich Einsprache erhoben werden. Die Einsprache ist unter Angabe der Beweismittel an den Gemeinderat zu richten. Einspracheentscheide können innert 30 Tagen ab Zustellung mittels Berufung an das Kantonsgericht angefochten werden.
2. Alle übrigen Verfügungen und Einspracheentscheide des Gemeinderates können innert 30 Tagen ab Eröffnung mittels Beschwerde beim Staatsrat angefochten werden (Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege).

Art. 18 **Inkrafttreten**

1. Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden alle im Widerspruch stehenden früheren Reglemente und Bestimmungen aufgehoben.
2. Vorliegendes Reglement tritt nach Annahme durch die Urversammlung und Genehmigung durch den Staatsrat in Kraft.

Angenommen durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom 7. Mai 2012.

Angenommen durch die Urversammlung am 8. Juni 2012.

Binn, den 8. Juni 2012

Der Gemeindepräsident

Beat Tenisch



Der Gemeindeschreiber

Manfred Imhof

Genehmigt durch den Staatsrat des Kantons Wallis am 18.09.2013



**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

Présidence du Conseil d'Etat
Chancellerie d'Etat

Präsidium des Staatsrates
Staatskanzlei



2013.03720

Auszug aus dem Protokoll der Sitzungen des Staatsrates

Eingesehen das Gesuch der Einwohnergemeinde Fieschertal vom 28. Juni 2012, mit welchem diese in ihrem Namen sowie im Namen der Gemeinden Fiesch, Fieschertal, Lax, Bellwald, Ernen, Binn und Martisberg um die Homologation des Feuerwehrreglements der Stützpunktfeuerwehr B Unnergoms ersucht;

Eingesehen die Artikel 75 und 78 der Kantonsverfassung;

Eingesehen die Artikel 2, 17, 18, 105, 146 und 147 des Gemeindegesetzes vom 5. Februar 2004;

Eingesehen die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes vom 18. November 1977 zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente;

Eingesehen das Reglement vom 12. Dezember 2001 welches die Ausführungsbestimmungen zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente festlegt;

Eingesehen die Verordnung betreffend Brandverhütungsmassnahmen vom 12. Dezember 2001;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Lax vom 24. Mai 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Ernen vom 30. Mai 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Binn vom 8. Juni 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Bellwald vom 21. Juni 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Fiesch vom 27. Juni 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Fieschertal vom 27. Juni 2012;

Eingesehen den Beschluss der Urversammlung der Einwohnergemeinde Martisberg vom 24. Juni 2013;

Eingesehen die im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens erhaltenen Mitberichte des Kantonalen Amtes für Feuerwesen vom 19. Januar 2012 sowie des Verwaltungs- und Rechtsdienstes des Departements für Sicherheit, Sozialwesen und Integration vom 12. März 2012;

Eingesehen das Feuerwehrreglement der Stützpunktfeuerwehr B Unnergoms in der Fassung gemäss Homologationsgesuch der Einwohnergemeinde Fieschertal vom 28. Juni 2012;

Auf Antrag des Departements für Finanzen und Institutionen,

**entscheidet
der Staatsrat:**

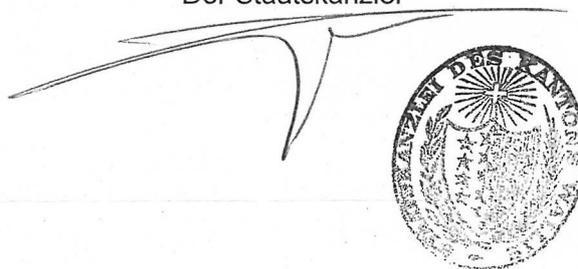
Das von den Urversammlungen der Gemeinde Lax am 24. Mai 2012, der Gemeinde Ernen am 30. Mai 2012, der Gemeinde Binn am 8. Juni 2012, der Gemeinde Bellwald am 21. Juni 2012, der Gemeinde Fiesch vom 27. Juni 2012, der Gemeinde Fieschertal vom 27. Juni 2012 und der Gemeinde Martisberg am 24. Juni 2013 angenommene Feuerwehrreglement der Stützpunktfeuerwehr B Unnergoms wird homologiert:

Sitzung vom

18. Sep. 2013

Für getreue Abschrift,
Der Staatskanzler

Kostenaufteilung
Entscheidgebühr Fr. 150.--
Gesundheitstempel Fr. 7.--



Verteiler 5 Ausz. DFI
1 Ausz. FI
1 Ausz. DZSM
1 Ausz. VR DSSI

A. Müller pour le Département